



# **Nicht den Schutz der Feuchtgebiete und den Kohleausstieg gegeneinander ausspielen**

**Offener Brief der 'Parents for Future – Kreis Viersen' an den Landrat des Kreises Viersen Dr. Andreas Coenen, die Landtagsabgeordneten Britta Oellers und Dr. Markus Optendrenk und die Direktkandidaten zur Landtagswahl Tanja Jansen, Manuel Britsch, Dietmar Brockes, Jana van Helden, Guido Görtz, Lukas Maaßen, Paul Muschiol, Frank a Campo, Andreas Röder, Laura Stelzhammer, Meral Thoms und Ina Spanier Oppermann**

„Allerdings müssen in der Diskussion um die Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei der Braunkohlegewinnung die Folgen für die Wasserwirtschaft in unserer Region berücksichtigt werden“

wird Landrat Dr. Andreas Coenen, Vorstandsvorsteher des Naturparks Schwalm-Nette, unter anderem in der Rheinische Post vom 14.02.2022 zitiert.

Dr. Coenen hat Recht, der Braunkohletagebau hat dramatische Folgen für die Wasserwirtschaft von Bonn bis nach Schwalmatal. Fast 10 Prozent der Landesfläche von Nordrhein-Westfalen sind durch Sumpfungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem rheinischen Tagebau betroffen. Bei diesen Maßnahmen wird der Grundwasserspiegel großflächig abgesenkt, teilweise um mehrere hundert Meter.

## **Feuchtgebiete benötigen Stützwasser**

Eine direkte Folge dieser Sumpfungsmaßnahmen ist, dass die Feuchtgebiete im Naturpark Schwalm-Nette Stützwasser benötigen. Aus dem Tagebau abgepumptes Grundwasser muss in den Naturpark gepumpt werden, um dort die Feuchtgebiete zu erhalten. Das passiert aber nur mit einem Teil des Grundwassers, der Großteil des Grundwassers wird verbraucht – als Trinkwasser und als Brauchwasser für die Industrie. Fehlt das Stützwasser, dann fallen die Feuchtgebiete trocken, weil sie ihren natürlichen Grundwasseranschluss auf Grund der Sumpfungsmaßnahmen verloren haben. Der Tagebau hat somit erhebliche Folgen für die Wasserwirtschaft.

## **Hat der Kohleausstieg Folgen für die Wasserwirtschaft?**

Wir fragen aber, welche Folgen ein Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung für die Wasserwirtschaft haben sollte? Im Braunkohleplan Garzweiler II ist seit 1995

vorgesehen, dass das Sumpfungswasser ab 2025 kontinuierlich reduziert wird und ab 2030 die Feuchtgebiete aus anderen Quellen gestützt werden müssen. Die Reduzierung des Sumpfungswassers ist seit über 25 Jahren beschlossen und eine politische Entscheidung gewesen. Seit dieser Zeit gibt es auch bereits den Plan, dass das bisherige Stützwasser durch Rheinwasser ersetzt wird. Es ist klar, dass viele Fragen bislang unzureichend beantwortet sind. Aber dieses Problem ist unabhängig von dem konkreten Ausstiegsdatum aus der Braunkohleförderung.

## **Konkurrenz der Tagebauseen mit den Feuchtgebieten**

Nach dem Ende des Tagebaus ist die Flutung der Tagebaue mit Rheinwasser geplant. Dadurch entsteht eine Konkurrenzsituation: die Tagebaue und die Feucht- und Grundwassergebiete sollen aus derselben begrenzten Quelle versorgt werden. Diese Konkurrenzsituation stellt das Problem für die Wasserwirtschaft dar, nicht der Ausstieg aus der Braunkohleförderung.

## **Forderungen der Parents for Future – Kreis Viersen**

**Wir fordern** die Politik zu mehr Ehrlichkeit auf: nicht der frühere Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung stellt ein Problem für die Wasserwirtschaft dar, sondern die Konkurrenzsituation zwischen der Flutung der Tagebaue und der Stützung der Feucht- und Trinkwassergebiete.

**Wir fordern** eine eindeutige Stellungnahme der Politik und aller anderen Beteiligten, die sich für eine Priorisierung der Stützung der Feuchtgebiete und des Grundwassers gegenüber den Tagebauen ausspricht.

**Wir fordern** eine inhaltliche offene Sondierung der Frage, welche Alternativen zur Entwicklung von Tagebauseen bestehen. Sollte es keine Alternative zur Anlage von Tagebauseen geben, etwa in Form einer (teilweise) Verfüllung der Restlöcher, fordern wir, dass etwaige Seen eine möglichst kleine Fläche einnehmen müssen. Dazu ist ein möglichst schneller Ausstieg aus der Braunkohleförderung unerlässlich.

**Wir fordern**, dass der Verursacher, der Tagebaubetreiber RWE, die Kosten der Beseitigung der Tagebaufolgen zahlt und diese nicht zu Lasten der Allgemeinheit gehen, während RWE aus der klimaschädlichen Braunkohleverstromung und der nachhaltigen Belastung des Grundwasserhaushalts satte Gewinne erzielt.

Der Ausstieg aus der Braunkohleförderung darf nicht aus ökonomischen Gründen verschleppt werden, sondern muss aus ökologischen Gründen sofort geschehen!

---

Parents for Future – Kreis Viersen